erstmalige Beantragung

der Eingliederungshilfe

Langzeitarbeitsloser

ÖFFENTLICHE REGIONALE ARBEITSVERWALTUNG

Registervermerk einer anderen entgegennehmenden Behörde

erneute Beantragung der

Sonstige Opfer häuslicher Gewalt

Eingliederungshilfe

PROGRAMM ZUR EINGLIEDERUNGSHILFE ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG

ausgeübter häuslicher Gewalt

Antrag auf Aufnahme in das Programm zur Eingliederungshilfe

Opfer von vom Partner oder ehemaligen Partner

zurückgekehrter Auswanderer		Behindert	er			
Lesen Sie bitte vor dem Au enthaltenen "Hinweise zur			aufmerksam	die in der	Information	ismappe
1. Persönliche Daten d	es Antragsteller	s				
Vorname:	1. Nachr	2. Nachname:				
Personalausweisnr. bzw. Identifikationsnummer für Ausländer:	Sozialversicherungs- nummer:		Geburtsdatum:		Geschlecht:	
Staatsangehörigkeit:		Ri	ickkehrland:			
In welchem Land haben Sie gearbeitet? In welchem Land haben Sie gearbeitet?			Von Von			
WOHNSITZ Bezeichnung der Straße Ortschaft Anschrift für den Empfar abweicht)	Straβenname	Nr. PLZ en (nur wenn	b/Eingang diese vom a	Provinz		
Bezeichnung der Straße Ortschaft Postfach:	Straßenname	Nr. PLZ	b/Eingang	Aufgang Provinz	Wohnung	Buchstabe
TELEFONNUMMER UN Festnetznummer: E-Mail:	ND E-MAIL	Mobilte	elefon:			
2. Bankdaten (Bank oder Sparkasse) zur Überweisung der Unterstützungsleistung Name des Geldinstituts: Kennzahl des Geldinsituts / Kennzahl der Zweigstelle oder Filiale / Kontrollnummer / Kontonummer						

3. Erklärung der monatlichen Einkünfte des Antragstellers und der mit ihm zusammenlebenden oder von ihm abhängigen Familienangehörigen

3.1. EINKÜNFTE DES ANTRAGSTELLERS (monatlich in Euro)

Arbeit/Renten Bewegliches Kapital Immobiliarvermögen

Berufliche/landwirtschaftliche

Tätigkeiten Sonstige Einkünfte GESAMT 0,00

Behinderungsgrad von 33% oder höher Ja Nein Empfänger einer beitragslosen Erwerbs-

unfähigkeitsrente Ja Neir

3.2. PERSÖNLICHE DATEN UND EINKÜNFTE DES EHEPARTNERS (monatlich in Euro)

Name und Nachnamen Personalausweisnummer oder Identifikationsnummer

für Ausländer

Arbeit/Renten Bewegliches Kapital Immobiliarvermögen

Berufliche/landwirtschaftliche

Tätigkeiten Sonstige Einkünfte GESAMT 0,00

3.3. PERSÖNLICHE DATEN UND EINKÜNFTE DER KINDER (einschließlich minderjähriger Pflegekinder und Kinder, die nicht beim Antragsteller leben, jedoch von ihm finanziell abhängig sind)

Personalausweisnummer								
oder Identifikationsnummer								
für Ausländer								
1. Nachname								
2. Nachname								
Vorname								
Geburtsdatum								
Behinderungsgrad von 33 %	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
oder höher								
Einkünfte (monatlich in Euro)								
Arbeit/Renten								
Bewegliches Kapital								
Immobiliarvermögen								
Berufliche/landwirtschaftliche								
Tätigkeiten								
Sonstige Einkünfte								
GESAMTEINKÜNFTE	0,00		0,00		0,00		0,00	

4. ANMERKUNGEN

o Ich verpflichte mich, aktiv nach einer Arbeit zu suchen, mich für die mir übermittelten Stellenangebote zu bewerben und der öffentlichen regionalen Arbeitsverwaltung innerhalb von 5 Tagen die entsprechenden Vorstellungsbescheinigungen vorzulegen, angemessene Stellen anzunehmen, an speziellen Maβnahmen zur beruflichen Motivierung, Information, Orientierung,

- Ausbildung, Umschulung oder Eingliederung sowie an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilzunehmen, das Arbeitsgesuch in der geforderten Form und fristgerecht zu erneuern und auf Aufforderung vor der zuständigen Behörde für Arbeitslosenunterstützung oder der öffentlichen regionalen Arbeitsverwaltung zu erscheinen.
- o Für den Fall, dass ich während des Bezugszeitraums der Eingliederungshilfe eine abhängige Vollzeitbeschäftigung mit einer maximalen Dauer von 180 Tagen aufnehme, bitte ich, mir während der Aussetzung der Zahlung der Eingliederungshilfe eine Unterstützung in Höhe von 25% der hierfür vorgesehenen Leistungen zu zahlen.
- Ich erkläre eigenverantwortlich, dass die in diesem Antrag angegebenen Daten wahr sind und bin mir der Pflicht bewusst, der öffentlichen regionalen Arbeitsverwaltung jegliche in der Folgezeit eintretende Veränderung dieser Daten mitzuteilen.
- O Ich erteile die Genehmigung zur Überprüfung und zum Vergleich der erklärten finanziellen Angaben mit den der staatlichen Steuer- und Zollverwaltungsbehörde vorliegenden Steuerinformationen, gemäβ des Ministerialerlasses vom 18. November 1999, zur Überprüfung und zum Vergleich der den in den Präsidialbeschlüssen PRE/3949/2006 vom 26. Dezember und PRE/4008/2006 vom 27. November regulierten Systemen vorliegenden Personaldaten und Angaben zum Wohnsitz sowie zur Überprüfung und zum Vergleich sonstiger personengebundener oder finanzieller Daten, die zur Bewilligung oder zur Beibehaltung der Leistungen zur Arbeitslosenunterstützung erforderlich sind und aus den Datenbanken jeglicher öffentlicher Einrichtungen oder Verwaltungen zu entnehmen sind.

, den	200
(Unterschrift des Antragstellers)	

5. Nachweis der im Zuge der Antragstellung vorgelegten Dokumente (auszufüllen von der öffentlichen regionalen Arbeitsverwaltung)

DOKUMENTE	VERGLICHEN			
	ÜBEREIN- STIMMUNG	KEINE ÜBEREIN- STIMMUNG	ERHALTEN	ANGEFORDERT
Personalausweis, Ausländerausweis oder				
Ausweis des Herkunftslandes				
Dokument, aus dem die Identifikationsnummer				
für Ausländer hervorgeht (NIE)				
Personalausweis, Ausländerausweis oder				
Ausweis des Herkunftslandes des Ehepartners				
und/oder der Kinder				
Familienstammbuch oder, bei Ausländern,				
gleichwertiges Dokument				
Bescheinigung über den Grad der Behinderung				
oder Bescheid über die Anerkennung als				
Rentner aufgrund von Erwerbsunfähigkeit				
Bescheinigung über den Grad der Behinderung				
oder Bescheid über die Anerkennung als				
Rentner aufgrund von Erwerbsunfähigkeit der				
Kinder				
Gerichtliche Entscheidung oder				
Formalisierungsschreiben der Pflegschaft				
Urteil und/oder Regelungsabkommen im Fall				
von Trennung oder Scheidung				
Nachweis über im Monat vor der				
Antragstellung erzielte Einkünfte				
Bei Rückkehrern: von der Vertretung der				
Zentralregierung in den autonomen Regionen				
oder deren Zweigstellen ausgestellte				
Bescheinigung				
Formular E-301 oder gleichwertiges Dokument				
Bescheinigung der zuständigen				
Verwaltungsbehörde bezüglich der				
Anerkennung als Opfer der Gewalt gegen				
Frauen bzw. Opfer der häuslichen Gewalt,				
Urteil oder Schutzbefehl				

Anmerkungen:

Hiermit wird die Prüfung der in diesem Formular und in den beigebrachten Dokumenten enthaltenen Angaben bestätigt.

Sollten Sie zur Vorlage von Dokumenten aufgefordert worden sein, verfügen Sie hierfür gemäβ Paragraph 25.1 des Gesetzes 625/85 vom 2. April über eine Frist von 15 Tagen; bei Verstreichen dieser Frist wird, nach dem entsprechenden Bescheid, das Antragsverfahren eingestellt, unbeschadet der Möglichkeit einer erneuten Antragstellung, sofern Ihr diesbezüglicher Anspruch nicht verjährt ist.

Unterschrift des Antragstellers (bei Aufforderung zur Vorlage von Dokumenten)		Datum der Antragsstellung und Unterschrift des Empfängers
		200
Unterzeichnet:		Unterzeichnet:
	Stempel der Verwalt	tungsbehörde

Gemäß den Bestimmungen des Paragraphen 228.1 des von der Regierungsverordnung 1/1994 vom 20. Juni angenommen neugefassten Sozialversicherungsgesetzes ist von der zuständigen Verwaltungsbehörde innerhalb von 15 Tagen nach Einreichung des Antrags auf Unterstützungsleistungen ein Bescheid herauszugeben und innerhalb von 10 Tagen nach Herausgabe diese Bescheids die diesbezügliche Mitteilung abzusenden, und zwar gemäß den Bestimmungen von Paragraph 58.2 des Gesetzes 30/1992 vom 26. November über den Rechtsstatus der Öffentlichen Verwaltung und das im Zentralstaat und in den Autonomen Regionen geltende Verwaltungsverfahren.

Sollten Sie drei Monate nach Einreichung des Antrags auf Unterstützungsleistungen noch keinen Bescheid erhalten haben, sind Sie als Antragsteller berechtigt, gemäß der 25. Zusatzbestimmung, Punkt 2 des neugefassten Sozialversicherungsgesetzes und gemäß den Bestimmungen von Paragraph 71.2 der Neufassung des von der Regierungsverordnung 2/1995 vom 7. April angenommenen Arbeitsgerichtsgesetzes, Widerspruch gegen die Ablehnung des Antrags, von der man aufgrund des Schweigens der Verwaltung ausgehen kann, einzulegen.

DATENSCHUTZ: In diesem Antrag sind personengebundene Daten enthalten, die Bestandteil einer der Ministerialabteilung für öffentliche regionale Arbeitsverwaltung unterstehenden Datei sind. Der Dateninhaber ist berechtigt, die genannten Daten automatisch zum alleinigen Zweck der Abwicklung der mit dem Antragsgrund in Zusammenhang stehenden Funktionen zu bearbeiten und sie ggf. den in der Verordnung vom 27.7.1994 sowie vom 19.5.1995, in der Verordnung des Ministeriums für Arbeit und Soziales TAS/628/2002 vom 4. März und in der Verordnung des Ministeriums für Arbeit und Soziales TAS/1275/2003 vom 29. April benannten Behörden zur Vervollständigung ihrer Bearbeitung weiterzuleiten. Gemäβ den Bestimmungen des Gesetzes 15/1999 über den Schutz von personengebundenen Daten sind Sie berechtigt, in den Ämtern für Unterstützungsleistungen der öffentlichen regionalen Arbeitsverwaltung von Ihrem Recht auf Zugang, Berichtigung, Löschung und Widerspruch in Bezug auf diese Daten Gebrauch zu machen.

Das vorliegende Dokument ist eine Übersetzung, die zum Zwecke des besseren Verständnisses seines Inhalts angefertigt wurde. Das Formular muss jedoch auf Spanisch ausgefüllt werden.